



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 21.08.2026 bis 28.08.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Deutschland: EAK - Scharfe Kritik an Linken-Wahlprogramm in Sachsen-Anhalt	3
Deutschland: Hinweisschild auf muslimisches Freitagsgebet erneut beschmiert	4
Finnland: Politikerin Räsänen darf doch nach Nordirland einreisen	5
Gazastreifen: Zahl der Christen hat sich seit 2023 halbiert	7
Haiti: Massaker - Bandenmitglieder töten Flüchtlinge in einer Kirche	8
Indien: "Justice Sunday" Katholiken treten für Arme	9
Indonesien: Muslime wollen Kirchen-Nutzung verbieten	11
Israel: Machterhalt im Gazastreifen	13
Nepal und Tibet: „Viele Menschen haben alles verloren“	14
Niederlande: Abtreibungen bis zur Lebensfähigkeit des Kindes geplant	15
Nigeria: Bundesregierung widerspricht Völkermord-Vorwurf	16
Philippinen: Tödlicher Amoklauf an katholischer Schule	17
Somalia: Christliche Mutter bei Angriff schwer verletzt	19
Sudan: Christen zwischen den Fronten des Bürgerkriegs	20
Sudan: Krieg im Sudan greift auf die Nachbarländer über	22
Ukraine: Gemeinsam erinnern, gemeinsam handeln	23
USA: Befreiter US-Missionar Rideout dankt Christen für ihre Gebete	24
Weltweit: CSI mahnt den Westen - Stärker für verfolgte Christen einsetzen	25

Deutschland: EAK – Scharfe Kritik an Linken-Wahlprogramm in Sachsen-Anhalt

Rachel: Gleichsetzung von Evangelikalen mit Dschihadisten ist Diffamierung

Berlin (IDEA) – Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel (Berlin), hat eine Formulierung im Wahlprogramm der Partei „Die Linke“ zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September scharf kritisiert. In dem Programm heißt es, die Linke setze sich dafür ein, „dass religiöser Fundamentalismus, sei er christlich-evangelikaler oder jihadistischer Prägung, durch Intervention, Aufklärungsarbeit, Prävention und zivilgesellschaftliche Initiativen entschieden bekämpft wird“. Rachel bezeichnete diese Gleichsetzung als „ungeheuerliche Diffamierung“ eines „bis heute so vielfältigen, lebendigen Frömmigkeitszweiges des christlichen Glaubens in unserem Land“.

Pietistisch-evangelikale Frömmigkeit als Ausdruck von Friedfertigkeit

Es sei „infam“, ausgerechnet in Deutschland, wo historisch gesehen Pietismus und Aufklärung zeitgleich miteinander in Blüte standen, evangelikal geprägten Christen und Kirchengemeinden einen gewaltbereiten und demokratiefeindlichen Fundamentalismus zu unterstellen, der entschieden bekämpft werden müsse. Pietistisch-evangelikale Frömmigkeit zeichne sich traditionell gerade durch das „jesuanische Gebot der absoluten Friedfertigkeit“, die ernsthafte Gewissensprüfung sowie den Geist der konsequenten persönlichen Nachfolge Jesu Christi aus. Rachel verwies zudem auf die klassischen Freikirchen wie Quäker, Methodisten, Baptisten und Brüdergemeinden. Diese wüssten die Werte von Freiheit, Gewaltverzicht und Toleranz gerade deshalb zu schätzen, weil sie selbst über lange Zeit unter „obrigkeitsstaatlicher Gewalt, gesellschaftlicher Intoleranz oder politischer Verfolgung“ zu leiden hatten.

Verharmlosung des Islamismus

Die Linke verharmlose und relativiere in ihrem aktuellen Wahlprogramm für Sachsen-Anhalt die Gefahr des Islamismus, so Rachel. Dazu gehörten „der ihm innewohnende Hang zur Ablehnung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, der Ablehnung universaler Menschenrechte sowie sein antisemitisch bedingter Hass auf den Staat Israel“. Der EAK-Vorsitzende warf der Partei zudem vor, heuchlerisch zu agieren und von einer problematischen Nähe zu islamistischen Personen und Kreisen in den eigenen Reihen sowie bei der eigenen Wählerschaft ablenken zu wollen. Rachel verwies auf einen Bericht der „Jüdischen Allgemeinen“ vom 10. Juni 2025, wonach der Linken immer wieder „eine fehlende Distanz zu extrem israelfeindlichen sowie islamistischen Ideen und Gruppen“ vorgeworfen werde. Die Linke solle beim Thema des verfassungsfeindlichen Fundamentalismus „selbstkritische Rechenschaft“ über ihre eigenen Verbindungen zu islamistischen, radikalen pro-palästinensischen und Israel-feindlichen Personen, Gruppen und Milieus ablegen. Als Nachfolgepartei der SED, die in der DDR-Diktatur mit ihrer sozialistischen Ideologie Christen und andere friedensbewegte Dissidenten und Bürgerrechtler „diskriminiert, bespitzelt und verfolgt“ habe, gebe es für die Partei „offensichtlich immer noch sehr viel aufzuarbeiten“, so Rachel.

Deutschland: Hinweisschild auf muslimisches Freitagsgebet erneut beschmiert

Penzberg: Islamische Gemeinde verurteilt die bereits dritte Sachbeschädigung

Penzberg (IDEA) – In der oberbayerischen Stadt Penzberg sind erneut Hinweisschilder auf das muslimische Freitagsgebet beschädigt worden. Es handelt sich bereits um den dritten Vorfall dieser Art innerhalb weniger Wochen, sagte ein Pressesprecher des zuständigen Polizeipräsidiums Oberbayern Süd der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Die drei Hinweisschilder im Stadtgebiet Penzberg seien in der Nacht vom 20. auf den 21. August mit heller Farbe übersprüht worden. Die Polizei ermittelt und bittet um Hinweise. Die Islamische Gemeinde Penzberg verurteilte die Taten in einer Pressemitteilung. Man bedauere die erneute Beschädigung und erwarte, dass „geeignete Maßnahmen ergriffen und die Verantwortlichen für diese kriminellen Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden“. Penzberg stehe für ein friedliches und respektvolles Miteinander. Das lasse man sich durch „solche Taten“ nicht nehmen. Allen „hasserfüllten und kriminell Handelnden“ sage man: „Lassen Sie die Penzberger Stadtgesellschaft in Ruhe!“

Religionsvertreter brachten Schilder gemeinsam an

An den Ortseingängen von Penzberg weisen seit dem 21. Juli neue Schilder auf die Gottesdienstzeiten der Kirchen und das muslimische Freitagsgebet hin. Angebracht wurden sie gemeinsam von Bürgermeister Thomas Kopf („Penzberg Miteinander“), dem katholischen Pfarrer Bernhard Holz, seinem evangelischen Kollegen Julian Lademann und dem Imam der Islamischen Gemeinde Penzberg, Benjamin Idriz. Bereits in der Nacht auf den 25. Juli wurde ein Schild mit schwarzer Farbe besprüht. Am 31. Juli stellten Beamte erneut Schmierschriften an einem Schild fest. Idriz hatte sich nach dem ersten Vorfall auf Instagram betroffen gezeigt. Die Schilder seien „ein starkes Zeichen der gegenseitigen Wertschätzung, der Gleichbehandlung und der gelebten Religionsfreiheit“. Wer Hass wirklich bekämpfen wolle, dürfe nicht wegsehen, wenn sich Hass gegen Muslime richte.

Zeitweise unter Beobachtung des Verfassungsschutzes

Zum Hintergrund: Wie die „Die Welt“ berichtete, erwähnte das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz die Islamische Gemeinde Penzberg von 2007 bis 2010 in seinen jährlichen Berichten. 2009 hieß es dort demnach, Verbindungen zum Islamismus seien „durch eine Vielzahl schriftlicher Dokumente belegt“. 2025 hatte Idriz anlässlich des zweiten Jahrestags des Hamas-Überfalls auf Israel am 7. Oktober 2023 eine öffentliche Distanzierung jüdischer Gemeinden vom Vorgehen der israelischen Regierung angemahnt. Ein solches Signal wäre nach Einschätzung von Idriz „heilsam“ gewesen, wie er auf Facebook schrieb. Er bezeichnete den 7. Oktober zwar als „größte jüdische Tragödie seit der Shoah“, gleichzeitig kritisierte er jedoch, die stillschweigende oder offene Zustimmung mancher Gemeinden zu den Handlungen der israelischen Regierung in Gaza und im Westjordanland sei „besorgniserregend“. Die muslimischen Imame Münchens hätten sich 2015 von dem Vorgehen des sogenannten „Islamischen Staates“ distanziert, führte er in der Erklärung an.

Finnland: Politikerin Räsänen darf doch nach Nordirland einreisen

Der Bescheid kam zu spät, um ihre Teilnahme an einer Konferenz zu ermöglichen

Bangor/London/Riihimäki (IDEA) – Die finnische Christdemokratin und Parlamentsabgeordnete Päivi Räsänen (Riihimäki/Südfinnland) hat nach wochenlangem Warten ein Visum für Großbritannien erhalten. Die Genehmigung kam jedoch zu spät, sodass sie nicht persönlich an der „Worldwide Missionary Convention“ (Weltweite Missionskonferenz) im nordirischen Bangor teilnehmen konnte. Das bestätigte Räsänen gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Hintergrund ist Räsänen zufolge ihre [Verurteilung](#) durch den finnischen Obersten Gerichtshof im März wegen „Hassrede“, die sich auf eine 2004 erschienene Kirchenbroschüre bezog. Darin hatte Räsänen praktizierte Homosexualität aus biblischer Sicht als Sünde bezeichnet. Im Juni 2026 hatte sie eine elektronische Einreisegenehmigung (Electronic Travel Authorisation/ETA) für das Vereinigte Königreich erhalten, die am 3. Juli [zurückgezogen](#) wurde. Sie habe deshalb einen Brief an die britische Innenministerin Shabana Mahmood (Labour) geschickt, jedoch bis heute keine Antwort erhalten. Bereits Anfang Juli hatte sie auf der Rückreise von einer Konferenz in Kalifornien auf einen geplanten Zwischenstopp in London verzichten müssen und war stattdessen über Dallas nach Hause geflogen. Wie sie IDEA gegenüber schilderte, hatte sie sich auf die gesamte Konferenzwoche vorbereitet und ihre Reisetickets frühzeitig gekauft. Leider habe sie nun doch nicht persönlich teilnehmen können, ihre Rede aber immerhin per Videoschalte halten können.

„Ungerechtes Urteil führt zu Reisebeschränkungen“

Das zugrunde liegende Problem sei das Urteil des finnischen Obersten Gerichtshofs, das sie als „ungerecht und auf fehlerhaften Argumenten beruhend“ bezeichnete. Sie habe jedoch nie damit gerechnet, dass dieses Urteil, das die Meinungsfreiheit einschränke, auch zu Reisebeschränkungen führen würde. Nun sei sie dankbar, endlich ein Visum erhalten zu haben. Weitere Termine im Vereinigten Königreich habe sie aber derzeit nicht geplant. Bereits im Juli hatte sich die Politikerin gegenüber IDEA besorgt über das Signal gezeigt, das mit der Verweigerung der Einreise gesendet werde: „Meine größte Sorge ist, dass diese Entscheidung bei vielen Menschen Ungewissheit, Verwirrung und Angst hinterlässt – sowohl hinsichtlich der Konsequenzen, die die friedliche Ausübung ihrer Meinungs- und Glaubensfreiheit nach sich ziehen könnte, als auch im Hinblick darauf, wo die Grenze zwischen zulässiger und unzulässiger Äußerung verläuft.“ Die Angelegenheit hatte international für erhebliches Aufsehen gesorgt. Sogar die Unterstaatssekretärin im US-Außenministerium, Sarah B. Rogers, hatte sich zu dem Fall geäußert.

Britisches Innenministerium verweist auf Regeln

Das Innenministerium hatte dem Nachrichtendienst „Premier Christian News“ in dem Zusammenhang mitgeteilt, dass man sich grundsätzlich nicht zu Einzelfällen äußere. Die geltenden Regeln sähen jedoch vor, dass eine elektronische Einreisegenehmigung in der Regel verweigert oder annulliert werde, wenn eine Person in den vergangenen zwölf Monaten eine strafrechtliche Verurteilung angegeben oder eine Freiheitsstrafe – auch auf Bewährung – von zwölf Monaten oder mehr erhalten habe.

ADF International: Großer Sieg für die Meinungsfreiheit

Die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International (ADF), die Räsänen vor Gericht unterstützt, bezeichnete die Erteilung des Visums auf der Plattform X (ehemals Twitter) als „großen Sieg für die Meinungsfreiheit“. Zugleich kritisierte sie, dass Räsänen dennoch daran gehindert worden sei, persönlich an der Veranstaltung teilzunehmen. Das Innenministerium habe mehr als genügend Zeit gehabt, um Räsänens Bitte um Einreise zu prüfen. Trotzdem habe es bis kurz vor dem geplanten Auftritt der Politikerin auf dem Kongress gedauert, bis ihr mitgeteilt worden sei, dass sie nun doch kommen dürfe. Die Entscheidung, ihre Einreisegenehmigung im Juli zurückzuziehen, sei „höchstwahrscheinlich“ auf ihre Verurteilung wegen „Hassrede“ in Finnland zurückzuführen. Es sei „schockierend, dass dies geschehen ist und dass sie in Finnland verurteilt wurde, weil sie ihre Ansichten zu Ehe und menschlicher Sexualität in einer vor über zwei Jahrzehnten verfassten Kirchenbroschüre“ friedlich zum Ausdruck gebracht habe. Es handle sich um ein deutliches Zeichen für das Maß an Zensur, das zurzeit in Europa herrsche.

Hintergrund: Verurteilung mit knapper Mehrheit

Der Oberste Gerichtshof Finnlands hatte Räsänen und den lutherischen Bischof Juhana Pohjola am 26. März mit einer knappen Mehrheit (3 zu 2) wegen „Hassrede“ zu Geldstrafen verurteilt. Das Gericht stützte sein Urteil auf einzelne Sätze in der 2004 erschienenen Broschüre, in denen Homosexualität als „Störung“ bezeichnet wurde. Diese Aussage stellte nach Ansicht der Richter eine Beleidigung für Homosexuelle dar. Der religiöse Kontext in der Broschüre habe die beleidigende Wirkung verstärkt. Sowohl Räsänen als auch Pohjola haben beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Berufung [eingelegt](#). Räsänen ist seit 1995 Abgeordnete des finnischen Parlaments und war von 2011 bis 2015 Innenministerin.

Gazastreifen: Zahl der Christen hat sich seit 2023 halbiert

Laut dem örtlichen Pfarrer gibt es noch 541 Katholiken und Orthodoxe

Gaza/Rimini (IDEA) – Die Zahl der Christen im Gazastreifen ist im Zuge des Krieges zwischen der radikal-islamischen Terrororganisation Hamas und Israel deutlich zurückgegangen. Nach Angaben des dortigen katholischen Pfarrers Gabriel Romanelli leben dort noch 541 katholische und orthodoxe Christen. Vor dem 7. Oktober 2023 – an diesem Tag ereignete sich der Hamas-Angriff auf Israel, bei dem rund 1.200 Israelis getötet wurden (d. Red.) – seien es noch mehr als 1.100 gewesen. Romanelli war beim katholischen „Meeting für die Freundschaft unter den Völkern“ in Rimini (21. bis 26. August) per Video aus Gaza zugeschaltet. Wie das Nachrichtenportal „Vatican News“ berichtet, kamen laut Romanelli während des Krieges im Gazastreifen 60 Christen ums Leben. Zum Hintergrund: Ein Teil der christlichen Minderheit konnte im Laufe des Krieges mit Notvisa oder wegen ausländischer Staatsangehörigkeiten ausreisen.

Christen helfen auch Muslimen

Wie der Geistliche weiter sagte, hat sich die Lage seit dem sogenannten Waffenstillstand im Oktober 2025 zwar verbessert, doch im Stadtzentrum gebe es weiter Bombardierungen. Den 2,3 Millionen Einwohnern fehle es an praktisch allem. Viele Menschen lebten unter Stoffbahnen, auf Straßen oder in den Resten ihrer Häuser. Wasser müssten sie täglich neu suchen. Die katholische Gemeinde pumpe Wasser aus einer Zisterne unter ihrer Kirche und verteile es an mehr als 400 Familien, auch an die muslimische Nachbarschaft. Ein Generator versorge die katholische Schule, zwei Häuser der Schwestern von Mutter Teresa und eine Klinik, die das Lateinische Patriarchat gemeinsam mit dem Malteserorden eröffnet habe. Diesel koste derzeit etwa zehn Euro pro Liter. Von ehemals drei katholischen Schulen sei nur die kleine Pfarrschule geblieben. Nun wolle die Gemeinde, wenn es möglich sei, bis zu 1.000 Kinder aufnehmen. Romanelli: „Die muslimischen Kinder sind auch unsere Kinder.“ Hunderttausende Kinder hätten seit drei Jahren keine reguläre Schule mehr besucht.

Pfarrer: Es gab bei Christen nie den Wunsch nach Rache

Dem Geistlichen zufolge hat es in der christlichen Gemeinschaft nie den Wunsch nach Rache gegeben. Die katholische Gemeinde bete täglich um Vergebung und Frieden für alle. Romanelli: „Das letzte Wort ist nicht das Kreuz. Das Kreuz ist auch in unserem Leben ein notwendiges Wort; aber das endgültige Wort ist die Auferstehung. Und wir müssen dieses österliche Geheimnis im täglichen Leben erfahren.“

Haiti: Massaker – Bandenmitglieder töten Flüchtlinge in einer Kirche

Insgesamt sollen mindestens 42 Menschen ums Leben gekommen sein

Port-au-Prince (IDEA) – Im Karibikstaat Haiti haben mutmaßlich Bandenmitglieder ein Massaker verübt. Dabei kamen Dutzende von Menschen ums Leben. Die Tat ereignete sich am Abend des 23. August in Kenscoff nahe der Hauptstadt Port-au-Prince. Medienberichten zufolge setzten die Täter Häuser in Brand und stürmten eine Kirche, wo Binnenflüchtlinge Zuflucht gesucht hatten. Bürgermeister Jean Massillon sprach von mindestens 42 Getöteten. In der Kirche hätten die Angreifer mehrere Menschen exekutiert. Massillon machte das Bandenbündnis Viv Ansanm, das seit Jahren die Menschen in Haiti terrorisiert, für die Tat verantwortlich. Banden kontrollieren rund 90 Prozent des Landes. Sie morden, vergewaltigen Frauen und rekrutieren Kinder. Laut den Vereinten Nationen wurden allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 2.300 Menschen in dem Land getötet. Fast 1,5 Millionen der rund elf Millionen Einwohner seien auf der Flucht. Haiti leidet seit Jahren unter der Bandengewalt. Die Polizei schafft es nicht, für Sicherheit zu sorgen. Der letzte Präsident des Landes, Jovenel Moïse, wurde im Juli 2021 ermordet. Seither ist das Amt des Staatsoberhauptes vakant.

Indien: "Justice Sunday" Katholiken treten für Arme

und fordern Garantien mit Blick auf das Gesetz für ausländische Finanzierung

Neu-Delhi (Fides) – „Gerechtigkeit beginnt bei uns“ – ein Titel, inspiriert von der Bibelstelle Jesaja 1,17 – ist das zentrale Thema des „Justice Sunday“, den die katholische Kirche in Indien am 23. August als Tag der Besinnung, des Gebets und der Sensibilisierung für soziale Gerechtigkeit begeht. An diesem Tag appellieren die Katholiken des Landes an die Verantwortlichen und die Zivilgesellschaft, sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Der erste „Justice Sunday“ wurde am 20. August 1989 begangen. Seitdem arbeitet das Büro für Gerechtigkeit, Frieden und Entwicklung der Indischen Bischofskonferenz (CBCI) jedes Jahr an der Gestaltung des Aktionstages.

Anlässlich des „Justice Sunday“ betonte Leiter des Büros für Gerechtigkeit, Frieden und Entwicklung der CBCI, Erzbischof Peter Machado von Bangalore, in einer Erklärung: „Die wahre Anbetung Gottes ist untrennbar mit dem täglichen Handeln für Gerechtigkeit verbunden.“ In der Botschaft, die Fides vorliegt, ruft der Erzbischof jeden Nachfolger Christi dazu auf, über bloße Frömmigkeit hinauszugehen und sich aktiv für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. „Gott ruft uns nicht nur dazu auf, das Böse zu meiden“, erklärt er, „sondern auch aktiv nach Gerechtigkeit zu streben, die Schwachen zu schützen und die Würde jedes Menschen zu verteidigen. Gerechtigkeit ist in Gottes Wesen selbst verankert und findet ihre Vollendung in Jesus Christus, der den Armen die frohe Botschaft verkündete, die Ausgeschlossenen aufnahm und den Vergessenen ihre Würde zurückgab.“ Erzbischof Machados Botschaft erinnert an die Bibelstelle des Propheten Jesaja: „Lernt, Gutes zu tun! Sucht das Recht! Schreitet ein gegen den Unterdrücker! Verschafft den Waisen Recht, streitet für die Witwen!“

Auch der Vorsitzende der CBCI, Kardinal Anthony Poola, appellierte in einer öffentlichen Stellungnahme an die Behörden, die verfassungsmäßigen Prinzipien der Gerechtigkeit, Gleichheit und des Säkularismus zu wahren. Der Kardinal äußerte sich besorgt über die zunehmenden Fälle von Gewalt und Einschüchterung, denen christliche Gemeinden im Land ausgesetzt sind. Die Feierlichkeiten finden zudem in einem Klima politischer Spannungen statt: Kurz vor dem „Justice Sunday“ wiesen die indischen Bischöfe Anschuldigungen im Zusammenhang mit der Debatte über den „Foreign Contribution (Regulation) Amendment Bill, 2026“ zurück. Dieser regelt und begrenzt die ausländische Finanzierung indischer Nichtregierungsorganisationen sowie sozialer und religiöser Organisationen. Der Gesetzentwurf, der am 25. März 2026 in der Lok Sabha (dem Unterhaus des Parlaments) eingebracht wurde, wurde nach heftiger Kritik von Opposition, Zivilgesellschaft und verschiedenen religiösen Organisationen am 12. August an einen gemeinsamen Parlamentsausschuss verwiesen.

Die indischen Bischöfe bekräftigten, dass die von der Regierung vorgeschlagenen Regelungen die humanitären, Bildungs- und Gesundheitsaktivitäten der Kirche für die Ärmsten und Ausgegrenzten beeinträchtigen könnten, und forderten öffentlich die Rücknahme oder eine gründliche Überprüfung der Maßnahme. Zu den strittigen Punkten gehören insbesondere die Bestimmungen zu Immobilien und Vermögenswerten, die mit ausländischen Zuwendungen erworben wurden. Diese könnten im Falle des Entzugs oder der Nichtverlängerung der entsprechenden FCRA-Registrierung von Nichtregierungsorganisationen beschlagnahmt und an die Verwaltung einer bestimmten Behörde übertragen werden. Am 10. Juli übergab die CBCI Innenminister Amit Shah ein Memorandum, in dem die Bischofskonferenz neben den Problemen im Zusammenhang mit dem FCRA auch Themen wie Religionsfreiheit, die Rechte christlicher Dalits, die den registrierten Kasten (Scheduled castes) angehören, und die humanitäre Krise in Manipur ansprach.

Der Jesuit Pater Cedric Prakash rief im Vorfeld des „Justice Sunday“ gegenüber indischen katholischen Medien die Gläubigen dazu auf, ihre prophetische Stimme in der Gesellschaft wiederzuentdecken. Er erinnerte an die „offenen Wunden“ der Ungerechtigkeit in Indien: das Kastensystem, das die Ärmsten und Schwächsten benachteiligt; den „Vetternwirtschaftskapitalismus“, der die Armen an den Rand drängt; und die grassierende Korruption in höchsten Kreisen. Der Jesuit prangerte auch die gezielte Gewalt gegen religiöse Minderheiten wie Muslime, Christen und Sikhs an; die Verweigerung legitimer Rechte für Dalits, die zum Christentum oder Islam konvertiert sind; die Beschlagnahme von Land und Ressourcen indigener Völker; die Ausbeutung von Kleinbauern, Tagelöhnern und Wanderarbeitern; die Missachtung der Rechte von Frauen; und eklatante Verstöße gegen die „Umweltgerechtigkeit“.

In dieser Situation, so Prakash, sei die indische Kirche aufgerufen, „sich stets öffentlich an die Seite der Opfer von Ungerechtigkeit zu stellen“. Und in Erinnerung an die Bischofssynode von 1971 zum Thema „Gerechtigkeit in der Welt“ erklärt er: „Angesichts der gegenwärtigen Weltlage, die von der schweren Sünde der Ungerechtigkeit geprägt ist, erkennen wir sowohl unsere Verantwortung als auch unsere Unfähigkeit, diese aus eigener Kraft zu überwinden. Diese Situation drängt uns dazu, dem Wort Gottes mit Demut und offenem Herzen zuzuhören, das uns neue Wege des Handelns für Gerechtigkeit in der Welt aufzeigt.“ Für die katholische Kirche Indiens ist der „Justice Sunday“ nicht nur ein Tag des Gebets und der Aufklärung, sondern ein Aufruf zu konkreter Verantwortung angesichts von Ungleichheit, Diskriminierung und Verletzungen der Menschenwürde.

(PA) (Fides 22/8/2026)

Indonesien: Muslime wollen Kirchen-Nutzung verbieten

Behörden überfordert

Muslimische Bewohner eines Dorfes in der Provinz Ost-Java, Indonesien, haben Behörden dazu gedrängt, die Nutzung des Gebäudes durch eine Kirche zu unterbinden, mit der Begründung, dass Gottesdienste dort zu sozialen Spannungen führen könnten.

Die Kirche hielt Gottesdienste in einem Gebetshaus ab, für das keine Genehmigungen erforderlich sind. Doch am 20. Juli setzten Bewohner des Stadtteils Sukalipuro im Dorf Dermo im Bezirk Bangil in der Regentschaft Pasuruan die Regierungsbeamten unter Druck, die Gottesdienste der Ostjavanischen Christlichen Kirche (GKJW) dort zu unterbinden, wie Menschenrechtsaktivisten berichteten.

Muslimische Anwohner argumentierten, das Gebäude verfüge über keine offiziellen Genehmigungen, stehe in der Nähe einer kleinen muslimischen Gebetsstätte (mushala) und befinde sich in einem überwiegend muslimischen Viertel – Umstände, die ihrer Meinung nach soziale Spannungen auslösen könnten. Menschenrechtsaktivisten und Quellen vor Ort sagten, der Widerstand könnte auch auf Unmut darüber zurückzuführen sein, dass die Kirche das Gebäude über eine Bankversteigerung erworben hatte, nachdem der ehemalige Eigentümer oder dessen Erben einen Bankkredit nicht zurückzahlen konnten.

Vertreter der Anwohner von Sukalipuro trafen sich am 20. Juli mit einigen Mitgliedern des Regionalparlaments von Pasuruan, um gegen die Nutzung des Gebetshauses durch die GKJW Einspruch zu erheben. Sie argumentierten, das Gebäude sei ursprünglich ein Wohnhaus gewesen und später für christliche Gottesdienste genutzt worden, wie auf der Website des Regionalparlaments unter setwandprd.pasuruankab.go zu lesen ist. Die Anwohner stellten den Status der Baugenehmigung des Gebäudes in Frage und behaupteten, dass seine Nutzung als Gotteshaus der umliegenden Gemeinde nicht ausreichend mitgeteilt worden sei, wie Surabaya.kompas berichtete.

Der Bezirksvorsteher von Bangil, Eddy Santoso, erklärte jedoch, die Kommunalverwaltung habe seit 2023 sieben Schlichtungsgespräche zwischen den Anwohnern und der Kirche vermittelt. An dem jüngsten Treffen am 22. Mai nahmen Berichten zufolge Anwohner, Kirchenverwalter und ein Pastor teil; die Ergebnisse wurden der Behörde für nationale und politische Einheit in Pasuruan vorgelegt.

Vor dem Treffen am 22. Mai hielt der Bezirksvorsteher von Bangil eine Besprechung mit Anwohnern und der Kirchenleitung ab, bei der Ratsmitglied Najib Setiawan erklärte, die Errichtung und Nutzung eines Gotteshauses müsse den geltenden Vorschriften entsprechen. Er forderte die Behörden auf, die Rechtmäßigkeit des Gebetshauses zu prüfen, und appellierte an die Gemeinde, dort keine Gottesdienste abzuhalten, solange die Angelegenheit noch geklärt werde, berichtete Faktapasuruan.com.

Ein Pastor der Kirche, der nur als Teguh identifiziert wurde, sagte, das Haus werde seit April für Gebete genutzt, nachdem die Kirche eine mündliche Genehmigung vom Regenten von Pasuruan erhalten habe.

Der Gemeinde, die angeblich aus etwa 60 christlichen Familien besteht, deren Wurzeln in der Region bis in die 1950er Jahre zurückreichen, fehlte seit langem ein eigener Gottesdienstraum. Berichten zufolge mietete die Gemeinde jahrzehntelang Räumlichkeiten der Protestantischen Kirche Westindonesiens (Gereja Protestan Indonesia Barat, GPIB) in Bangil, einer Kleinstadt in der Nähe von Pasuruan.

Die Gemeinde habe das Gebäude in Sukalipuro Berichten zufolge im Rahmen einer Versteigerung der BRI-Bank erworben, es zunächst für kirchliche Aktivitäten außerhalb des Gottesdienstes genutzt und erst später damit begonnen, dort in begrenztem Umfang Gebetsversammlungen abzuhalten, berichtete faktapasuruan.com.

Angesichts des Widerstands der Anwohner erließ das interkonfessionelle Beratungsgremium von Pasuruan daraufhin am 28. Juli ein Schreiben, in dem es die GKJW Bangil anwies, die Gottesdienstaktivitäten im Gebetshaus in Sukalipuro vorübergehend einzustellen. Diese Aufforderung stieß auf Kritik von zivilgesellschaftlichen Gruppen und christlichen Organisationen, die argumentierten, dass ein Verwaltungstreit nicht zur Aussetzung religiöser Gottesdienste führen dürfe.

Arnold L. Panjaitan, Vorsitzender des Provinzvorstands Ost-Java der Indonesischen Christlichen Jugendbewegung (Gerakan Angkatan Muda Kristen Indonesia, GAMKI), drückte sein Bedauern über die Einstellung aus.

„Wir bedauern zutiefst, dass ein Gebetshaus, das von Gläubigen für Gottesdienste genutzt wird, seine Aktivitäten einstellen musste“, sagte Arnold laut gamki.or.id. „Die Religionsfreiheit ist ein Recht jedes Bürgers, das durch die Verfassung garantiert ist. Daher muss dieses Recht respektiert, geschützt und in seiner Ausübung gewährleistet werden.“

Kritik kam auch vom Islamischen Netzwerk gegen Diskriminierung in Ostjava (JIAD), das die Bedeutung von Toleranz, einem ordnungsgemäßen Verfahren und dem verfassungsmäßigen Schutz der Religionsfreiheit betonte.

Die „Brigade Gus Dur“, eine muslimische Jugendgruppe, die sich vom verstorbenen indonesischen Präsidenten und Nahdlatul-Ulama-Führer Abdurrahman Wahid – weithin bekannt als Gus Dur – inspirieren lässt, führte am 30. Juli ein Gespräch mit Menschenrechtsaktivisten, Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, Journalisten und Juristen.

Muhammad Muslimin, Leiter der „Brigade Gus Dur“ in Pasuruan, erklärte, das Forum habe Hinweise darauf gefunden, dass die Kontroverse mit Unmut über die früheren Eigentumsverhältnisse des Hauses zusammenhänge.

„Es scheint eine gewisse Stimmung im Zusammenhang mit dem Haus zu geben, das nun als Gebetsstätte genutzt wird“, sagte er laut Faktapasuruan.com. „Im Hintergrund stehen Erben, die das Gefühl haben, dass ihr Vermögen an eine Bank verpfändet wurde, nicht zurückgekauft werden konnte, versteigert und dann von einer anderen Partei erworben wurde. Möglicherweise gibt es verletzte Gefühle, die später zu einem Konflikt geführt haben.“

Eine Vertreterin der GKKJW, die nur als Genuk identifiziert wurde, sagte, der Widerstand habe sich verstärkt, nachdem die Kirche begonnen habe, das Gebäude für Gebete und Gottesdienste zu nutzen, unter anderem auch zu Ostern. Sie sagte Berichten zufolge, die Gemeinde habe nur in begrenztem Umfang Gottesdienste abgehalten, nämlich ein- oder zweimal im Monat.

Die indonesische Verfassung von 1945 schützt die Religions- und Kultfreiheit, doch der Bau und die offizielle Einrichtung von Gotteshäusern werden durch die Gemeinsame Ministerialverordnung von 2006 – die Verordnung des Ministers für religiöse Angelegenheiten Nr. 9/2006 und die Verordnung des Ministers für Inneres Nr. 8/2006 – geregelt. Darin werden eine Liste mit mindestens 90 potenziellen Gottesdienstbesuchern und die Unterstützung von mindestens 60 Anwohnern sowie Empfehlungen des örtlichen Amtes für religiöse Angelegenheiten und des Forums für interreligiöse Harmonie (Forum Kerja Sama Umat Beragama, FKUB) gefordert.

Die Verordnung enthält zudem Bestimmungen zur vorübergehenden Nutzung eines nicht für Gottesdienste bestimmten Gebäudes als Gebetsstätte und weist den Kommunalverwaltungen eine Vermittlerrolle bei Streitigkeiten zu.

Die indonesische Gesellschaft hat in den letzten Jahren einen konservativeren islamischen Charakter angenommen, und Kirchen, die sich in der Evangelisation engagieren, laufen laut Open Doors Gefahr, zur Zielscheibe islamistischer Extremistengruppen zu werden.

<https://morningstarnews.org/2026/08/church-in-indonesia-told-to-halt-use-of-building/>

Israel: Machterhalt im Gazastreifen

Bericht: Hamas foltert Palästinenser im Krankenhaus

Die Terrorgruppe Hamas soll ein Krankenhaus als Folterstätte benutzen. Mit der Verbreitung von Angst und Terror will sie die schwindende Unterstützung in der Bevölkerung aufhalten.

Von Israelnetz/ 21. August 2026 JERUSALEM / CHAN JUNIS (inn) – Israel beschuldigt die Terror-Organisation Hamas, im Schutze eines Krankenhauses brutale Verhöre durchzuführen und Palästinenser zu Schutzgeldzahlungen zu erpressen. In einer gemeinsamen Stellungnahme mit dem Inlandgeheimdienst Schabak erklärte die Armee am Donnerstag, die Hamas wolle damit die nachlassende Unterstützung aufhalten. Mittels Einschüchterung versuche sie, ihre Herrschaft im Gazastreifen durchzusetzen.

Hamas versteckt sich in zivilen Einrichtungen

Nach Geheimdienstinformationen missbrauchen die Terroristen dafür das Nasser-Krankenhaus in Chan Junis. Sie sollen im zweiten Stockwerk des „Jassin“-Gebäudes Palästinenser die Verhöre und Erpressungen durchführen. Mitarbeiter und Patienten würden dies bestätigen: Sie berichteten von einer ständigen Präsenz von teils verummten Terroristen auf dem Gelände der Klinik.

„Diese Handlungen der Hamas stellen einen Verstoß gegen das Völkerrecht dar“, sagte die Armee und wies darauf hin, dass die militärische Nutzung ziviler Einrichtungen nach internationalem Recht verboten ist. Die Anwesenheit der Terroristen schade Patienten, Dienstleistern und dem medizinischen Personal.

Entwaffnung der Hamas

Die Entmachtung der Hamas ist seit Oktober 2025 ein stetiges Thema. Der vom „Friedensrat“ erarbeitete [15-Punkte-Plan](#) sieht vor, dass die Hamas entwaffnet wird. Im Laufe des Prozesses soll sich Israel schrittweise aus dem Gazastreifen zurückziehen.

Die Hamas hatte bereits erklärt, den Plan zu akzeptieren. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu (Likud) hat ihn [abgelehnt](#). Er beharrt auf eine vollständige Entwaffnung der Hamas, bevor sich die Armee zurückzieht und der Wiederaufbau beginnt. (mw)

Nepal und Tibet: „Viele Menschen haben alles verloren“

Christliche Hilfswerke helfen vor Ort

Kathmandu (IDEA) – Nach schweren Sturzfluten in Nepal und Tibet mit mindestens 353 Toten haben mehrere christliche Hilfsorganisationen Unterstützung für die Betroffenen zugesagt. Ein Mitarbeiter des Hilfswerks humedica (Kaufbeuren) sei bereits vor Ort und prüfe gemeinsam mit einer örtlichen Partnerorganisation den dringendsten Bedarf, teilte die Organisation mit. Nach aktuellem Stand seien besonders Hygieneartikel Mangelware. Ohne ausreichende Hygiene könne es zu bakteriellen Infektionskrankheiten wie Cholera kommen. Wasser- und Schlammmassen hatten am Vormittag des 26. August ganze Ortschaften verwüstet. Besonders betroffen ist nach Angaben von humedica die Bagmati-Provinz westlich der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu. „Zu diesem Zeitpunkt des Monsuns hatte keiner von uns damit gerechnet, dass wir eine Sturzflut in diesem Ausmaß erleben würden“, sagte Thomas Meier, der für humedica in Nepal tätig ist. „Viele Menschen haben durch die Fluten innerhalb kürzester Zeit alles verloren.“ Jetzt bräuchten sie dringend Unterstützung. Nach Polizeiangaben aus dem Himalaya-Staat liegt die Zahl der Vermissten in Nepal und Tibet aktuell bei mehr als 1.300 Menschen, darunter auch Touristen. Nach Angaben der nationalen Tourismusorganisation Nepal Tourism Board gelten aktuell acht deutsche Staatsangehörige und eine Person aus der Schweiz als vermisst.

„Hoffnungszeichen“: Zerstörungen „verheerend“

Auch die Hilfsorganisation „Hoffnungszeichen“ (Konstanz am Bodensee) bereitet Maßnahmen vor. „Die Zerstörungen sind verheerend. Die Region ist nur noch sehr eingeschränkt erreichbar sowie zusätzlich von Sicherheitskräften abgeriegelt“, sagte der Erste Vorstand des Werks, Klaus Stieglitz, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Nachrichten, wonach Leichen bereits bis zur indischen Grenze gespült worden seien, verdeutlichten, mit welcher Geschwindigkeit und Wucht die Sturzflut durch das Tal geschossen sei. Aktuell liefen Such- und Rettungsmaßnahmen. „Hoffnungszeichen“ selbst habe als Organisation nicht die Möglichkeiten, in einer solchen Akutphase tätig zu werden. Aber für die zweite Phase seien dann Hilfsmaßnahmen zur Versorgung mit sauberem Trinkwasser sowie Sanitärmaßnahmen zum Schutz vor Krankheiten geplant. „Dazu glaube ich an die Kraft des Gebetes. Ich freue mich, wenn ich höre, dass Menschen unseren Vater im Himmel um Beistand für die Betroffenen bitten“, sagte Stieglitz.

Diakonie Katastrophenhilfe unterstützt kirchliche Partner

Die Diakonie Katastrophenhilfe (Berlin) stellt finanzielle Mittel für Soforthilfe bereit. Das geht aus einer Mitteilung vom 27. August hervor. Empfänger sind demnach Partner des internationalen kirchlichen Netzwerks ACT Alliance. Nepal gelte als besonders katastrophenanfällig: Laut dem Anpassungsindex des Hilfswerks „Brot für die Welt“ drohten dem Land durch Hitzewellen, schwere Regenfälle, extreme Überschwemmungen, Erdbeben und Gletscherseeausbrüche enorme Klimagefahren. Der Regionalleiter der Diakonie Katastrophenhilfe, Michael Frischmuth, forderte deshalb bessere Vorsorge: „Gerade in Zeiten des Klimawandels ändern und verschärfen sich die Risiken. Bedrohte Länder wie Nepal müssen darin unterstützt werden, sich auf solche Herausforderungen vorzubereiten.“ Von den rund 30 Millionen Einwohnern Nepals sind 65 Prozent Hindus, 14 Prozent Anhänger einheimischer Kulte, zwölf Prozent Buddhisten, fünf Prozent Christen und vier Prozent Muslime.

Niederlande: Abtreibungen bis zur Lebensfähigkeit des Kindes geplant

(IDEA) Ein zentrales Lehrkrankenhaus in Amsterdam bereitet gerade ein Pilotprojekt vor, in dessen Rahmen Kindstötungen auf Verlangen bis zum 168. Schwangerschaftstag bzw. bis zum Ende der 24. Schwangerschaftswoche durchgeführt werden sollen. Der Diplom-Theologe Markus Voss ordnet die Entwicklung für IDEA ein.

Wie mehrere niederländische Zeitungen berichten, plant die Niederländische Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie (NVOG), diese vorgeburtlichen Kindstötungen im OLVG-Hospital in Amsterdam aus sozialen Gründen und „ohne Indikation“ durchzuführen. Das Pilotprojekt ist ausdrücklich für medizinisch gesunde Kinder und Mütter drei Monate vor dem Geburtstermin vorgesehen. Abtreibungen bis zu 24 Wochen sind in den Niederlanden bereits erlaubt, werden aber in der Praxis selten durchgeführt.

Um sich vorzustellen, was das bedeutet, seien hier einige Entwicklungsschritte eines Kindes im Mutterleib genannt: Ab Woche 14 reiben wir uns als Kinder im Bauch die Augen, können Geschmäcker unterscheiden und fangen bald an zu lächeln, sobald unsere Mama etwas Süßes isst; ab der 18. Woche zeigen Ultraschallaufnahmen, wie wir als Kinder im Bauch mit unseren Stimmbändern Sprechbewegungen üben; ab ca. Woche 20 haben wir als Kinder im Bauch häufig einen festen Tagesablauf mit klaren Wachphasen, in denen wir verschiedene Töne hören. Ab hier spüren beide Eltern uns meist deutlich strampeln. Derzeit besuchen in Deutschland mehrere Mädchen die Schule, die in der 21. Woche geboren wurden. Sie – und Tausende weitere weltweit – zeigen: Kinder in diesem Alter sind komplett eigene, individuelle Menschen, die (mit Hilfe) auch unabhängig von ihren Eltern weiterleben.

Kinder werden auf dem Operationstisch dem Tod überlassen

Damit konfrontiert, dass gesunde Babys ab der 24. Schwangerschaftswoche bereits voll lebensfähig sein können, räumt die NVOG ein: Es kommt „gar nicht selten“ vor, dass Kinder während ihrer Abtreibung in den Niederlanden lebendig geboren werden. Das stelle für die NVOG ein „Problem“ dar, da das Kind ja während der Prozedur sterben soll. Dazu schlägt die NVOG in ihrem Modellprotokoll vom 19. Dezember 2017 vor, dass das schon geborene Kind im Kreißsaal schlicht nicht weiter versorgt wird, um auf diese Weise den Tod zu garantieren.

Aus seit März 2018 öffentlich einsehbaren Untersuchungen des Universitätsklinikums Wien, das 241 Kinder im selben Alter getötet hat, geht hervor, dass die Kinder, von denen mehr als jedes zweite seine Abtreibung überlebt hatte, ohne Hilfe bis zu vier Stunden und 27 Minuten im Todeskampf verbrachten, bevor sie erstickten.

Solange in den Niederlanden das schon geborene Kind bei Verweigerung der Versorgung innerhalb von 24 Stunden nach der Geburt stirbt, muss nach NVOG-Richtlinie vom 1. Januar 2023 weder seine Geburt gemeldet werden noch eine Beisetzung erfolgen. Stattdessen kann das Kind als Krankenhausabfall entsorgt werden, um in Müllverbrennungsanlagen für die Stromerzeugung zu enden.

Auch Kinder aus Deutschland könnten auf diese Weise getötet werden

Die NVOG schätzt, dass im Rahmen dieses Pilotprojekts jährlich ca. 225 niederländische Frauen solche Spätabtreibungen ohne medizinische Notwendigkeit durchführen lassen werden. Was vielen nicht klar ist: Mit dem seit Februar 2026 effektiv steuerfinanzierten Abtreibungstourismus der Europäischen Union reicht es bereits aus, dass ein einziges EU-Land solche Praktiken hat. Es könnte daher leicht auf deutlich mehr Kinder aus ganz Europa hinauslaufen, die so in den Niederlanden getötet werden, darunter Kinder aus Deutschland und Österreich – wie es laut niederländischem Gesundheitsministerium bereits jetzt mehrfach täglich bei Spätabtreibungen ohne medizinische Notwendigkeit passiert.

Nach Angaben der NVOG „prüfen“ derzeit mehrere weitere niederländische Krankenhäuser, wie sie möglichst flächendeckend an diesem „Pilotprojekt“ teilnehmen können. Was können wir Christen tun? Ehepaare, die sich vorstellen können, mit Gottes Hilfe und der Unterstützung ihrer Gemeinden eines dieser Kinder vorübergehend als Pflegekind aufzunehmen, sollten das bekannt machen. Und für jeden von uns gilt: Lasst uns diese Dinge in unserem Gebetsleben, unseren Gemeinden und Predigten nicht unter den Teppich kehren.

Markus Voss ist Gründer des #bibelfit-Dienstes. Er betreibt den YouTube-Kanal @MarkusVossDE, wo auch über Lebensrechtsthemen berichtet wird.

Nigeria: Bundesregierung widerspricht Völkermord-Vorwurf

Antwort auf AfD-Anfrage: Christen und Muslime litten gleichermaßen unter Gewalt

Berlin (IDEA) – Nach Auffassung der Bundesregierung findet in Nigeria kein Genozid an der christlichen Bevölkerung statt. Das geht aus ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervor. Die Einschätzung der in der Anfrage erwähnten Nichtregierungsorganisation Genocide Watch sei ihr bekannt, sie teile diese jedoch nicht. In den Vorbemerkungen verweisen die Fragesteller zudem auf das christliche Hilfswerk Open Doors. Diese stuft Nigeria als eines der Länder mit der weltweit höchsten Gewalt gegen Christen ein. Demnach seien von Oktober 2024 bis September 2025 insgesamt 3.490 Christen getötet worden. Auch die Bundesregierung schreibt in ihrer Antwort, sie kenne den Weltverfolgungsindex der Nichtregierungsorganisation. Eine Einstufung Nigerias als eines der weltweit gefährlichsten Länder für Christen durch eine internationale Organisation sei ihr jedoch nicht bekannt. In einer der Antworten vorangestellten Vorbemerkung bezieht sie sich auf Informationen der Vereinten Nationen. Die Sicherheitslage sei „in weiten Teilen des Landes schlecht“. Die UNO beschreibe die Lage jedoch „überwiegend nicht als Religionskonflikt, sondern als ein Zusammenwirken verschiedener Faktoren und Konfliktlinien“. Dazu gehörten Terrorismus, Banditentum, ethnische Spannungen sowie Ressourcen- und Landkonflikte. Christen, Muslime und Angehörige anderer Religionen litten „massiv unter Gewalt und Terrorismus“. Auch gezielte Angriffe auf Kirchen, kirchliche Einrichtungen und Geistliche fänden statt.

Bundesregierung verweist auf Schutzmaßnahmen Nigerias

Bilateral und im Rahmen internationaler Organisationen setze sich die Bundesregierung für den Schutz religiöser Minderheiten und die Religionsfreiheit ein. Humanitäre Hilfe komme „grundsätzlich allen schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen zugute, einschließlich Angehöriger christlicher Gemeinden“. Die nigerianische Regierung habe sich „glaubhaft zum friedlichen Zusammenleben der Religionen in Nigeria bekannt“. Sie nehme Gewaltvorfälle „sehr ernst“ und ergreife Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage. Dazu zählten verstärkte Bemühungen zur Befreiung entführter Nigerianer sowie angekündigte materielle und personelle Verstärkungen von Armee und Polizei. Damit solle auch in entlegenen Regionen eine stärkere Präsenz der Sicherheitskräfte ermöglicht werden.

Mehrheit der Asylbewerber aus Nigeria sind Christen

Aus der Antwort geht zudem hervor, dass die Zahl der Asylanträge nigerianischer Staatsangehöriger in Deutschland seit dem Höchststand von 11.073 Anträgen im Jahr 2018 nahezu kontinuierlich zurückgegangen ist. Im Jahr 2025 wurden 1.716 Anträge gestellt, im ersten Halbjahr 2026 waren es 665. Unter den Asylbewerbern stellen Christen nach eigenen Angaben die deutliche Mehrheit: 2025 bezeichneten sich 1.382 der 1.716 Antragsteller als Christen und 185 als Muslime. Auch in den Vorjahren lag der Anteil der Christen regelmäßig weit über dem der Muslime. Die Angaben zur Religionszugehörigkeit beruhen auf freiwilligen Angaben im Asylverfahren.

Philippinen: Tödlicher Amoklauf an katholischer Schule

Kirchenvertreter verweisen auf Nöte junger Menschen

Manila (Fides) – „Das Land kann es sich nicht leisten, einen weiteren Fall von Gewalt an Bildungseinrichtungen unbemerkt zu lassen, ohne die Herausforderungen anzugehen, denen seine jungen Menschen gegenüberstehen“, sagte der Erzbischof von Manila, Kardinal José Advincula. Er appellierte an Familien, Schulen, Kirchen und Gemeinden, „den jungen Menschen zuzuhören, die möglicherweise im Stillen mit Einsamkeit, Angstzuständen, Mobbing, Schuldruck oder familiären Problemen zu kämpfen haben.“

Die Worte des Kardinals beziehen sich auf die Schießerei vom 18. August an der „Ateneo de Zamboanga University“, einer von den Jesuiten geführten Bildungseinrichtung (mit Gymnasium und Universität) in Zamboanga auf der Insel Mindanao im Süden der Philippinen. Gegen 7:50 Uhr eröffnete ein Schüler im Gebäude der „Junior High School“ auf dem Campus in Tumaga das Feuer auf andere Schüler und tötete dabei seinen 15-jährigen Mitschüler Patrick Dylan Wee. Der Schütze, ein Schüler namens Mohammad Mael Jalani, beging später Selbstmord. Andere Personen wurden verletzt oder benötigten Hilfe, nachdem sie in Panik aus dem Gebäude geflohen waren.

Der Angriff löste Angst und Bestürzung in der Schulgemeinschaft aus. In den darauffolgenden Tagen berichteten Schüler von den Schwierigkeiten, die ihnen die Rückkehr in die Schule nach dem Vorfall bereiteten, während die Behörden Ermittlungen einleiteten, wie die Waffen auf das Schulgelände gelangt waren und welche Ursachen der Angriff hatte. Die Schießerei in Zamboanga ist Teil der wachsenden Besorgnis um die Sicherheit an philippinischen Schulen. Es ist der zweite Vorfall dieser Art mit Todesopfern im Land innerhalb von weniger als zwei Monaten, nach dem Angriff vom 22. Juni an der „San Jose National High School“ in Tacloban City, bei dem drei Schüler getötet und weitere verletzt wurden.

„Wir dürfen diese Tragödie nicht ignorieren und müssen genau hinschauen, was sie uns über die Schwierigkeiten unserer jungen Menschen offenbart“, sagte Kardinal Advincula und forderte die Schaffung sicherer Orte, an denen junge Menschen ohne Angst vor Verurteilung sprechen, ohne Scham um Hilfe bitten können und wissen, dass sie wertgeschätzt werden. „Die Antwort“, sagte er, „muss über Sicherheitsmaßnahmen hinausgehen“ und eine stärkere Begleitung und verbesserte Unterstützungssysteme umfassen. „Wir müssen ihnen zuhören, nicht nur, wenn sie laut sprechen, sondern vor allem, wenn sie im Stillen leiden“, sagte er.

Die pastorale Hilfe dürfe sich daher nicht nur auf die unmittelbare Notlage beschränken, sondern müsse auch auf die Einsamkeit, Angst und den Druck, die das Leben von Jugendlichen beeinträchtigen können reagieren. „Diese Tragödie muss uns die gemeinsame Verantwortung vor Augen führen, Schulen zu sicheren Orten des Lernens, der sozialen Interaktion, der Fürsorge, der Aufsicht und des Friedens zu machen“, schrieb die „Catholic Educational Association of the Philippines“ (CEAP), die katholische Schulen und Universitäten auf den Philippinen vertritt. Die CEAP rief zu „Sensibilität und Mitgefühl“ auf, denn „hinter jedem Bericht, Foto oder Social-Media-Beitrag stehen Schüler, Familien, Lehrer und eine Gemeinschaft in tiefer Trauer und unter Schock“.

Pater Guillrey Anthony Andal (SJ), Präsident der „Ateneo de Zamboanga University“, drückte sein „tiefes Mitgefühl“ für die gesamte Universitätsgemeinschaft aus. Er sicherte den Ermittlungsbehörden seine volle Kooperation zu und betonte, dass das Wohlergehen von Schülern, Mitarbeitern und Familien oberste Priorität habe. Er mahnte zur Geduld und bat darum, Spekulationen zu vermeiden, die weiteres Leid verursachen könnten. Die Universität beging den 19. August als Tag der Trauer und des Gebets und bot seelsorgerische und psychologische Unterstützung an.

In einer offiziellen Erklärung forderte die Erzdiözese Zamboanga unterdessen eine gründliche Untersuchung und erklärte, dass „die Familien der Opfer Wahrheit und Gerechtigkeit verdienen“. „Wir beten, dass sich die Behörden von Weisheit, Fairness, Mut und einem aufrichtigen Engagement für Gerechtigkeit leiten lassen“, heißt es in dem Text. „Lasst uns in diesem Moment des Schmerzes Gebet statt Angst, Mitgefühl statt Verurteilung, Wahrheit statt Spekulation und Gerechtigkeit statt Rache wählen“, heißt es in der Erklärung weiter.

In den Wochen vor der Schießerei hatte das Bildungsministerium bereits Schulen auf den Philippinen aufgefordert, sich auf landesweite Übungen zum Umgang mit möglichen Angriffen oder Vorfällen vorzubereiten, um auf wachsende Bedenken hinsichtlich der Sicherheit in Bildungseinrichtungen zu reagieren. Die Schulen waren aufgefordert, lokale Notfallpläne zu entwickeln, zu überprüfen oder zu aktualisieren und genehmigte Pläne mit den lokalen Regierungen, der philippinischen Nationalpolizei und Eltern-Lehrer-Verbänden zu teilen.

In den letzten zwei Monaten wurden rund 50 Vorfälle in Schulen registriert, bei denen Jugendliche in Gewalttaten verwickelt waren, darunter Drohungen, eine Bombe zu legen, Schießereien und Messerangriffe. Angesichts dieses Szenarios rufen die Verantwortlichen kirchlicher Gemeinschaften dazu auf, ein zuhörendes Netzwerk rund um die Heranwachsenden aufzubauen: Familie, Schule und Gemeinschaft sind aufgerufen, Einsamkeit, Angst, Mobbing und andere Nöte rechtzeitig zu erkennen.

(PA) (Fides 24/8/2026)

Somalia: Christliche Mutter bei Angriff schwer verletzt

Muslimische Extremisten in Somalia haben am 15. August eine Mutter von acht Kindern bewusstlos geschlagen, nachdem sie erfahren hatten, dass sie vom Islam zum Christentum konvertiert war. Fatuma Osman, ein ehemaliges Mitglied einer christlichen Untergrundgemeinschaft, das zum Islam zurückgekehrt war, wies andere Muslime auf einen Frauenbibelkreis hin, um den Angriff in Afmadow in der Region Lower Juba zu verüben.

Sophia Ibrahim, die im April 2022 zum Christentum konvertiert war, erlitt bei dem Übergriff zahlreiche Prellungen und Verletzungen sowie eine tiefe Schnittwunde am Kopf, so eine Quelle. Die Quelle erfuhr, dass sie vier Stunden lang bewusstlos war und viel Blut verlor, bevor Nachbarn sie ins Krankenhaus brachten.

Ibrahim und andere christliche Mütter hatten sich in einem Haus versammelt, um ein Video über das Leben Christi anzusehen, als ein Muslim namens Ahmed Hussein und drei weitere Männer eintrafen und ihnen sagten, dass das Christentum in ihrem Dorf nicht erlaubt sei und dass sie Muslime in die Irre führten, so eine aus Sicherheitsgründen anonym bleibende Quelle. Die Muslime schlugen die Frauen daraufhin mit Stöcken, wodurch mehrere von ihnen Prellungen und Verletzungen im Gesicht, an den Händen und an anderen Körperteilen davontrugen, so die Quelle.

Den Frauen gelang es, aus dem Haus zu fliehen und zu ihren Wohnungen zurückzukehren, doch die Angreifer folgten Ibrahim bis zu ihrer Wohnung, wo sie sie beim Beten vorfanden, so die Quelle. Sie drangen ein und schlugen auf sie mit stumpfen Gegenständen und Pangas, langen somalischen Schwertern, ein, so die Quelle.

Nachbarn, die auf Ibrahims Hilferufe reagierten, fanden sie mit einer stark blutenden Kopfwunde vor und brachten sie ins Krankenhaus, so die Quelle. „Ich habe sehr laut geschrien, und Nachbarn kamen und fanden mich in einer Blutlache, vor allem wegen der tiefen Schnittwunde an meinem Kopf“, berichtete Ibrahim der Quelle. „Ich habe viel Blut verloren und bin bewusstlos geworden. Als ich wieder zu mir kam, war ich im Krankenhaus.“ Ibrahim sagte, ihr Glaube sei trotz des Angriffs unerschüttert geblieben. Sie schrieb es Gott zu, ihr Leben bewahrt zu haben, und erklärte, ihre Erfahrung habe ihre Entschlossenheit gestärkt, Christus weiterhin nachzufolgen.

„Gott hat mein Leben bewahrt, und ich kann Ihn nicht im Stich lassen“, sagte Ibrahim gegenüber Morning Star News. „Jesus hat mein Leben verändert. Jesus hat für die Bedürfnisse meiner Familie gesorgt.“ Sie fügte hinzu, dass sie beabsichtige, ihren Glauben weiterhin mit anderen zu teilen. „Ich werde Ihm weiterhin dienen und anderen von Ihm erzählen – wegen des ewigen Lebens und der Freude, Christus zu kennen“, sagte sie.

Ibrahims acht Kinder sind zwischen 8 und 19 Jahre alt, und sie kümmert sich außerdem um fünf weitere Kinder. Die Kinder stehen vor Schwierigkeiten, da ihre Mutter während ihrer Genesung noch nicht in der Lage ist, ihre normalen Aktivitäten wieder aufzunehmen, und die Familie benötigt weiterhin Fürsorge und Unterstützung, wie aus informierten Kreisen verlautete.

Ibrahim wurde am 19. August aus dem Krankenhaus entlassen und aus Sicherheitsgründen an einen geheim gehaltenen Ort gebracht. „Es ist sehr schwierig, über diesen brutalen Angriff zu berichten, da der Islam in Somalia die offizielle Staatsreligion ist und man davon ausgeht, dass keine andere Religion ausgeübt werden darf“, sagte ein Kontakt von Morning Star News. „Betet für unsere anderen Gläubigen, die in dieser Gegend leben, denn sie fürchten nun sehr um ihr Leben.“

Somalia belegte Platz 2 auf der „World Watch List 2026“ der christlichen Hilfsorganisation „Open Doors“, einer Liste der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein. Die Verfassung des Landes legt den Islam als Staatsreligion fest und verbietet die Verbreitung jeder anderen Religion, so das US-Außenministerium. Sie schreibt zudem vor, dass Gesetze den Grundsätzen der Scharia (islamisches Recht) entsprechen müssen, wobei es bei der Anwendung keine Ausnahmen für Nicht-Muslime gibt.

Die Todesstrafe für Apostasie ist nach den gängigen Rechtsschulen der islamischen Rechtswissenschaft Teil des islamischen Rechts. Eine islamistische Extremistengruppe in Somalia, Al-Shabaab, ist mit Al-Qaida verbündet und hält an dieser Lehre fest.

<https://morningstarnews.org/2026/08/christian-mother-seriously-injured-in-attack-in-somalia/>

Sudan: Christen zwischen den Fronten des Bürgerkriegs

Eine Mitarbeiterin von „Samaritan´s Purse“, die vor fünf Monaten von Rebellen in den Nuba-Bergen im Sudan festgenommen wurde, befindet sich nach Angaben ihrer Familie weiterhin in Gefangenschaft.

Im Bundesstaat Süd-Kordofan ruft die Familie dringend zur Freilassung von Najwa Musa Konda auf, deren Schwester Zakia Musa Konda zu den vier Helfern der Organisation „Samaritan´s Purse“ gehörte, die Anfang dieses Monats von Rebellen der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee-Nord (SPLA-N) festgenommen und zwei Tage später freigelassen wurden, wie aus informierten Kreisen verlautete.

Najwa Musa Konda, eine Mitarbeiterin der „Nuba Relief, Rehabilitation and Development Organization“ in Kauda und Mitglied der Episkopalkirche des Sudan, wurde am 1. April festgenommen, als sie von den Nuba-Bergen in Richtung Südsudan unterwegs war. Kämpfer der SPLA-N hielten ihr Fahrzeug an, durchsuchten ihre Habseligkeiten und beschlagnahmten ein persönliches Notizbuch mit handschriftlichen Einträgen, in denen sie Kritik an der regionalen Militärführung übte.

Najwa Musa Konda wurde zwischen mindestens zwei verschiedenen Haftanstalten in der Region hin- und herverlegt und ist seitdem von jeglichem Kontakt zu Angehörigen und Rechtsbeiständen abgeschnitten. „Wir haben seit ihrer Festnahme nichts mehr von ihr gehört, da uns Besuche strengstens untersagt sind“, berichtete ein Angehöriger gegenüber Morning Star News unter der Bedingung der Anonymität aus Sicherheitsgründen.

Die Familie fordert die Führung der SPLA-N auf, ihre Sicherheit zu gewährleisten, und appelliert an Menschenrechtsgruppen in der Region, einzugreifen und zur Freilassung von Najwa Musa Konda beizutragen, die im Zuge einer zunehmenden Unterdrückung von kirchlichen Einrichtungen und in Süd-Kordofan tätigen Hilfsorganisationen inhaftiert wurde.

Kürzlich wurden zwei Kirchenführer entführt und wieder freigelassen. Pfarrer Yaqob Ibrahim Tia und Zakaria Suliman Jana, beide prominente Leiter einer Gemeinde der Sudanesischen Kirche Christi (SCOC) in Heiban im Bundesstaat Süd-Kordofan, wurden laut Angaben von Christen aus der Region am 28. Juli bzw. am 1. August freigelassen.

Für die Entführungen sollen abtrünnige Mitglieder der SPLA-N verantwortlich sein. Pastor Tia wurde zusammen mit seinen Familienangehörigen freigelassen – zwei Söhnen im Alter von 17 und 20 Jahren, einem 15-jährigen Neffen sowie Daniel Ibrahim Tia, dem Bruder des katholischen Priesters Fadi Ibrahim Tia. Fadi Ibrahim Tia ist zugleich der Bruder von Pastor Yaqob Ibrahim Tia. Pastor Jana wurde am Morgen des 31. Juli entführt, nachdem bereits Pastor Yaqob Ibrahim Tia am 23. Juli entführt worden war.

Die Entführungen scheinen Teil einer Welle von Angriffen auf Kirchenführer in der unruhigen Region zu sein. Obwohl das von der SPLA-N kontrollierte Gebiet für die Medien gesperrt ist, ist durchgesickert, dass der Konflikt bereits Hunderte von Menschen vertrieben hat, darunter vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen.

Am 24. Juli erschossen abtrünnige SPLA-N-Milizen den episkopalen Pastor Adel Idris Jongool in der Verwaltungseinheit Dabi des Bezirks Heiban. Die Angriffe auf Christen inmitten des bewaffneten Konflikts zwischen der SPLA-N, abtrünnigen Gruppen und anderen Kräften folgen auf die Ermordung eines katholischen Priesters und eines seiner Leibwächter am 19. Juni in der Pfarrei Holy Cross in Kauda, Süd-Kordofan, durch dieselben abtrünnigen Militanten. Ein weiterer Leibwächter wurde ebenfalls angeschossen, überlebte jedoch und wurde im Krankenhaus behandelt.

Die Nuba-Berge, eine Hochburg der SPLA-N, die seit langem gegen Khartum kämpft, blieben weitgehend vom militärischen Konflikt verschont, der im April 2023 im Sudan ausbrach; doch dort entstand eine neue Frontlinie, nachdem sich die SPLA-N mit den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) gegen die sudanesischen Streitkräfte (SAF) verbündet hatte. In den Nuba-Bergen sind bewaffnete Gruppierungen entstanden, die gegen die SPLA-N kämpfen, was zum Tod und zur Vertreibung von Zivilisten führt.

Sowohl die RSF als auch die SAF sind islamistische Kräfte, die vertriebene Christen angegriffen haben, denen vorgeworfen wird, die Kämpfer der jeweils anderen Seite zu unterstützen.

93 Prozent der sudanesischen Bevölkerung sind Muslime, 4,3 Prozent bekennen sich zu ethnisch-traditionellen Religionen, während Christen 2,3 Prozent ausmachen.

Der Konflikt zwischen der RSF und der SAF, die sich nach einem Putsch im Oktober 2021 die Militärherrschaft im Sudan geteilt hatten, hat die Zivilbevölkerung in Khartum und anderswo terrorisiert und laut dem UN-Hochkommissar für Menschenrechte (UNCHR) Zehntausende Menschen getötet sowie mehr als 12 Millionen Menschen innerhalb und außerhalb der sudanesischen Grenzen vertrieben.

General Abdelfattah al-Burhan von der SAF und sein damaliger Vizepräsident, der RSF-Führer Mohamed Hamdan Dagalo, waren an der Macht, als sich zivile Parteien im März 2023 auf einen Rahmen zur Wiederaufnahme eines demokratischen Übergangs im folgenden Monat einigten; Meinungsverschiedenheiten über die militärische Struktur verhinderten jedoch die endgültige Verabschiedung.

Burhan strebte an, die RSF – eine paramilitärische Einheit mit Wurzeln in den Janjaweed-Milizen, die dem ehemaligen Machthaber Omar al-Bashir bei der Niederschlagung von Rebellen geholfen hatten – innerhalb von zwei Jahren unter die Kontrolle der regulären Armee zu stellen, während Dagalo eine Integration erst in nicht weniger als zehn Jahren akzeptieren würde.

Beide Militärführer haben einen islamistischen Hintergrund, versuchen jedoch, sich gegenüber der internationalen Gemeinschaft als pro-demokratische Verfechter der Religionsfreiheit darzustellen.

Der Sudan belegte auf der „World Watch List“ (WWL) 2026 von Open Doors Platz 4 unter den 50 Ländern, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein. Der Sudan war 2021 zum ersten Mal seit sechs Jahren aus den Top 10 der WWL-Liste gefallen und belegte damals Platz 13.

Nach zwei Jahren, in denen sich die Religionsfreiheit im Sudan nach dem Ende der islamistischen Diktatur unter Bashir im Jahr 2019 verbessert hatte, kehrte mit dem Militärputsch vom 25. Oktober 2021 das Schreckgespenst der staatlich geförderten Verfolgung zurück. Nachdem Bashir im April 2019 nach 30 Jahren an der Macht gestürzt worden war, war es der zivil-militärischen Übergangsregierung gelungen, einige Bestimmungen der Scharia (islamisches Recht) aufzuheben. Sie verbot die Bezeichnung religiöser Gruppen als „Ungläubige“ und hob damit faktisch die Apostasiegesetze auf, nach denen der Austritt aus dem Islam mit dem Tod bestraft wurde.

Mit dem Putsch vom 25. Oktober 2021 befürchteten Christen im Sudan die Rückkehr der repressivsten und härtesten Aspekte des islamischen Rechts.

Das US-Außenministerium strich den Sudan 2019 von der Liste der „Countries of Particular Concern“ (CPC), die „systematische, anhaltende und schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit“ begehen oder dulden, und stufte das Land auf eine Beobachtungsliste herab. Zuvor war der Sudan von 1999 bis 2018 als CPC eingestuft worden.

Im Dezember 2020 strich das Außenministerium den Sudan von seiner „Special Watch List“.

<https://morningstarnews.org/2026/08/christian-relief-worker-detained-in-sudans-nuba-mountains/>

Sudan: Krieg im Sudan greift auf die Nachbarländer über

Khartum (Fides) – Der Krieg im Sudan weitet sich zunehmend auf die Nachbarländer aus. Die sudanesischen Streitkräfte (SAF) unter General Abdel Fattah al-Burhan haben ihre Operationen zur Unterbrechung der Nachschublinien der „Rapid Support Forces“ (RSF) unter Mohammed Hamdan Dagalo, genannt „Hemedti“, intensiviert. Diese verlaufen durch mehrere Nachbarländer.

Der schwerwiegendste Vorfall ereignete sich am 21. August, als die sudanesisch Armee mit Hilfe von Flugzeugen und Drohnen einen Konvoi von RSF-Fahrzeugen verfolgten und bombardierten, der etwa 100 Kilometer tief in tschadisches Gebiet eingedrungen war.

Die Angriffe der sudanesischen Luftwaffe richteten sich gegen einen RSF-Konvoi südlich des Grenzdreiecks zwischen Sudan, Libyen und dem Tschad. Laut sudanesischer Armee bestand der Konvoi aus etwa 200 Kampffahrzeugen aus den Lagern von Kufra in Libyen. Die Regierung in Khartum bekräftigt, es gäbe eine Lieferkette, die in den Vereinigten Arabischen Emiraten beginnt, über Bengasi und Tobruk führt und die libysch-tschadische Grenze nach Darfur im westlichen Sudan überschreitet. Als Reaktion darauf versetzte die tschadische Regierung ihre Truppen in höchste Alarmbereitschaft und warnte die sudanesischen Kriegsparteien davor, den Konflikt über die Grenze hinaus auszuweiten.

Die Regierung in N'Djamena bekräftigte zudem, dass man sich das Recht vorbehalte, die eigene territoriale Integrität zu verteidigen. Neben der Route, die durch Libyen führt, den Tschad durchquert und den Westen des Sudan erreicht, behaupten sudanesisch Behörden, dass es eine weitere Route gibt, die direkt durch tschadisches Gebiet verläuft. Laut der Regierung in Khartum landen Flugzeuge der Vereinigten Arabischen Emirate auf mindestens zwei tschadischen Flughäfen, Amdscharass und N'Djamena, um Nachschub für die RSF abzuliefern, der dann auf dem Landweg in von Milizen kontrollierte Gebiete transportiert wird.

Der sudanesisch Konflikt betrifft unterdessen auch Äthiopien, ein weiteres Land, das von der sudanesischen Regierung beschuldigt wird, die RSF zu unterstützen oder zumindest die Nutzung seines Territoriums für Waffenlieferungen zu gestatten. Am 23. August wurde eine mutmaßlich von Äthiopien aus gestartete Drohne von den sudanesischen Streitkräften im Bundesstaat Blauer Nil nahe Dindiro abgeschossen.

Aus Bildern der Trümmer geht hervor, dass die Drohne mit einer in der Türkei hergestellten, miniaturisierten lasergelenkten Munition bewaffnet war und dass auch das Fluggerät selbst türkischer Herkunft ist. Bereits am 23. Mai meldeten die sudanesischen Streitkräfte den Abschuss einer türkischen Drohne nahe Ed Damazin. Sie erklärten, diese stamme aus Äthiopien, dem vorgeworfen wird, einen Stützpunkt zu beherbergen, von dem aus diese Fluggeräte gestartet werden (vgl. Fides, 5/5/2026).

Türkische Drohnen werden zudem von der sudanesischen selbst in großem Umfang eingesetzt. Die Drohne, die in den Blauen Nil stürzte, wurde Berichten zufolge von sudanesischen Streitkräften mit einem ähnlichen, ebenfalls türkischen Fluggerät getroffen.

Um die Ausbreitung des Konflikts einzudämmen, haben die Vereinigten Staaten den UN-Sicherheitsrat aufgefordert, das derzeitige Waffenembargo gegen die Region Darfur auf ganz Sudan auszudehnen. „Dieser Rat sollte Maßnahmen ergreifen, um die Anheizung des Konflikts zu verhindern, insbesondere da externe Unterstützung die Gefahr birgt, regionale Akteure und Nachbarländer tiefer in den Konflikt im Sudan hineinzuziehen“, erklärte der US-Gesandte Massad Boulos während des Treffens der UN-Gruppe zur Beobachtung des Sudan-Krieges.

Boulos forderte außerdem, das Waffenembargo auf Drohnen auszuweiten und die Zahl der Experten in der Gruppe, die die Umsetzung der Sanktionen überwacht, zu erhöhen.

(L.M.) (Fides 25/8/2026)

Ukraine: Gemeinsam erinnern, gemeinsam handeln

In Gedenken an Oleh († 59): Einladung zum Unabhängigkeitstag der Ukraine & der Aufführung "Frauen im Dunkeln"

(IGFM) Oleh Kotov († 59) wurde ohne Anklage und ohne Verurteilung in verschiedenen Gefängnissen in den besetzten Gebieten der Ukraine und in Russland festgehalten. Als schwerkranker Mann verließ er Anfang Juni 2026 das Gefängnis und kehrte in die Ukraine zurück. Ende Juli starb er an den Folgen seiner Krebserkrankung. Fest steht auch, dass er während seiner Haftzeit nicht angemessen medizinisch behandelt wurde.

„Ich empfinde weder Groll noch Verbitterung. Aber dieses Böse muss besiegt werden.“ Dies waren [einige seiner letzten Worte](#). Wir hatten zuvor seine Freilassung gefordert und uns für ihn eingesetzt, als er sich in russischer Gefangenschaft befand.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte spricht Olehs Familie und seinen Angehörigen ihr **tief empfundenes Beileid** aus und wünscht ihnen viel Kraft und Trost in dieser schweren Zeit.

Es sind insgesamt circa [16.000 ukrainische Zivilisten](#), die Opfer von Verschleppung durch die russische Okkupationsmacht sind. Wir denken weiter an sie und kämpfen weiter für Ihre Freilassung. Jeder einzelne der Zivilisten ist ein Opfer des putinistisch-russischen Imperialismus, der die Unabhängigkeit der Ukraine nicht akzeptieren will. Sie könnten alle in Freiheit leben, wenn Russland nicht die Ukraine überfallen hätte.

Dafür setzen wir uns weiterhin ein und appellieren an Sie, sich gemeinsam mit uns für die **Freilassung der Zivilisten** einzusetzen. Nach meiner letzten Reise in die Ukraine vor wenigen Wochen, bei der wir mit einem kleinen Team von drei Freiwilligen, Fahrzeuge und Hilfsmaterial in den Westen des Landes und nach Kyiv und Charkiw bringen konnten, ist mir erneut bewusst geworden, warum es so wichtig ist, die Ukraine zu unterstützen:

Die Ukraine verteidigt sich, Europa und alle von Russland bedrohten Staaten vor Angriff, Okkupation, Russifizierung und Auslöschung. Täglich bezahlen ukrainische Soldaten und Zivilisten dafür mit ihrem Leben. Wir stehen daher fest an der Seite der Freiheit.

An diesem Montag steht nun der **Unabhängigkeitstag** der Ukraine an, zu dem wir Sie zu einer **Kundgebung** auf dem Frankfurter Römer einladen. Und auch in vielen anderen Städten in Deutschland finden Veranstaltungen statt.

Besuchen Sie gerne diese Veranstaltungen und zeigen Sie somit Ihre Solidarität mit der Ukraine.

USA: Befreiter US-Missionar Rideout dankt Christen für ihre Gebete

Präsident Trump empfing den Piloten im Weißen Haus

Washington (IDEA) – Der [befreite](#) US-amerikanische Missionspilot Kevin Rideout hat sich bei US-Präsident Donald Trump sowie bei Christen weltweit für ihre Gebete bedankt. Zehn Monate nach seiner [Entführung](#) im westafrikanischen Niger empfing Trump den Missionar gemeinsam mit dessen Familie im Weißen Haus. Das teilte der Präsident auf seiner Plattform Truth Social mit. Trump erklärte dazu, dass seine Regierung keine Amerikaner zurücklasse, denn es gelte der Grundsatz „America First“. Darin unterscheide er sich von seinen demokratischen Vorgängern Joe Biden und Barack Obama. Es sei ihm eine Ehre gewesen, Rideout zu helfen, so der Präsident. Bei dem Besuch im Oval Office lernte die Familie auch das Team kennen, das für die Freilassung von Geiseln zuständig ist. Zum Hintergrund: Trump setzt sich für [verfolgte Christen](#) ein, insbesondere in Westafrika. Auch die Lage der Christen im Nachbarland Nigeria [thematisiert](#) er immer wieder.

„Der Herr war gegenwärtig und treu“

In einer von Rideouts Missionswerk „Serving In Mission“ (SIM) verbreiteten Erklärung äußerten sich er und seine Ehefrau Krista dankbar über die Wiedervereinigung der Familie. „Nach diesen vielen Monaten der Trennung gibt es kaum Worte, die ausdrücken können, was es bedeutet, einfach wieder vereint zu sein“, heißt es darin. Man sei der US-Regierung sowie allen, die unermüdlich für eine sichere Freilassung gearbeitet hätten, zutiefst dankbar. Ebenso dankten sie SIM für die beständige Fürsorge und Unterstützung sowie den „unzähligen Freunden, Gemeinden und Brüdern und Schwestern in Christus, die den Herrn treu um Kevins Schutz und Freilassung gebeten haben“. Durch die Zeit der Entführung habe die Familie besonders die Bibelstelle im fünften Buch Mose 31,6 getragen: „Seid getrost und unverzagt, fürchtet euch nicht und lasst euch nicht vor ihnen grauen; denn der HERR, dein Gott, wird selber mit dir ziehen und wird die Hand nicht abtun und dich nicht verlassen.“ Die Wahrheit dieser Verheißung habe man „auf sehr reale Weise“ erfahren. „Auch in den schwersten und ungewissesten Momenten war der Herr gegenwärtig und treu.“ Trotz der Entführung bekundete das Ehepaar seine anhaltende Verbundenheit mit dem westafrikanischen Land: Seit Jahrzehnten habe Gott ihm eine tiefe Liebe zu Niger und dessen Bewohnern geschenkt, „unter denen zu leben und zu dienen wir das Vorrecht hatten“. Beide seien tief in ihr Leben und in die Berufung eingewoben, die Gott ihnen gegeben habe.

20 Jahre im Dienst für SIM

Rideout war in der Nacht zum 22. Oktober 2025 von drei bewaffneten Männern in Niamey, der Hauptstadt des Niger, verschleppt worden. Nach Angaben der Nachrichtenplattform „Christian Post“ geschah dies vor seinem Haus und nur wenige Hundert Meter vom Präsidentenpalast entfernt. Über die genauen Hintergründe der Entführung war zunächst nichts bekannt; einige Medien vermuteten Dschihadisten als Täter. Auch über die Hintergründe seiner Freilassung wurde offiziell noch nichts bekanntgegeben. Rideout ist nach Angaben der „Christian Post“ seit 20 Jahren für SIM tätig und arbeitete seit 2010 im Niger. Als Pilot transportierte er dort Personal, Hilfsgüter und Ausrüstung für humanitäre Projekte in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Zuvor war er kommerziell als Pilot tätig und leitete in einer Baptistengemeinde in Charlotte (US-Bundesstaat North Carolina) die Bibelstunde. Während der Gefangenschaft hatten zahlreiche Christen in den USA und weltweit zum Gebet für Rideout aufgerufen, darunter der Evangelist und Präsident der Billy-Graham-Gesellschaft, Franklin Graham (Charlotte), sowie der US-Kongressabgeordnete und Baptistenpastor Mark Harris (Republikaner). SIM wurde 1893 gegründet und hat nach eigenen Angaben rund 4.000 Mitarbeiter in 70 Ländern. Für Deutschland dient das Missions- und Hilfswerk DMG interpersonal (Sinsheim/Nordbaden) als SIM-Büro. Auf dem Weltverfolgungsindex 2026 des christlichen Hilfswerks Open Doors steht Niger auf Platz 26 der 50 Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Von den rund 29 Millionen Einwohnern sind 96 Prozent Muslime und 0,3 Prozent Christen.

Weltweit: CSI mahnt den Westen – Stärker für verfolgte Christen einsetzen

Anlass ist ein internationaler Gedenktag am 22. August

München (IDEA) – Die christliche Menschenrechtsorganisation „Christian Solidarity International“ (CSI) hat westliche Regierungen aufgefordert, sich stärker für den Schutz verfolgter Christen zu engagieren. Die Europäische Union (EU) und die Bundesregierung sollten ihren Einfluss nutzen, „damit Christen nicht länger zu Opfern von Gewalttaten aus Gründen der Religion oder des Glaubens gemacht werden“, erklärte der Geschäftsführer von CSI Deutschland, Pfarrer Peter Fuchs (München). Anlass für den Appell ist der „Internationale Tag zum Gedenken an die Opfer von Gewalthandlungen aufgrund der Religion oder Weltanschauung“ am 22. August. Die Vereinten Nationen (UN) hatten den Gedenktag 2019 ausgerufen. CSI verweist unter anderem darauf, dass Christen in Pakistan entführt und zwangsislamisiert oder wegen falscher Blasphemievorwürfe zum Tode verurteilt werden. In Nigeria hätten islamistische Fulani-Milizen zwischen Januar und Juni 2026 über 2.500 Christen getötet, weitere 2.800 entführt und 300 Kirchen zerstört. In Indien übe der Hindu-Nationalismus nicht nur auf Christen, sondern auf alle anderen Religionen Druck aus. Fuchs mahnt: „Westliche Politik hat die Mittel und deshalb auch die Verpflichtung, sich dafür einzusetzen, dass Christen auf der ganzen Welt frei leben können.“

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]